

Neidhardt, Friedhelm

Article — Digitized Version

Ideologie und Wirklichkeit in der "DDR"

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Neidhardt, Friedhelm (1965) : Ideologie und Wirklichkeit in der "DDR",
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 45, Iss. 5, pp. 241-245

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133481>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ideologie und Wirklichkeit in der „DDR“

Dr. Friedhelm Neidhardt, München

Die Herrschaftsträger in der „DDR“ haben ihre Macht unter dem Schutz der sowjetischen Besatzungsmächte übernommen und ausgebaut. Sie haben nach dem Gesellschaftsmodell des Sowjetmarxismus Planwirtschaft, Sozialisierung, Gleichschaltung der gesellschaftlichen Kräfte etc. im Namen einer höheren Vernunft erstrebt und sich einem Endzustand verpflichtet, in dem die Gesellschaft klassenlos und der Mensch frei und unentfremdet existieren soll.

Fragt man heute, nach einer fast zwei Jahrzehnte dauernden Herrschaft des Regimes, nach der sozialistischen Substanz der Zustände in der „DDR“, so muß man zunächst einmal erkennen, daß die Grundvoraussetzungen sozialistischer Herrschaftspraxis unter dem Einsatz erheblichen Zwangs durchgesetzt sind, zum andern aber auch, daß das Regime bestimmte Abweichungen und Widersprüche zu seiner eigenen Ideologie duldet und zum Teil sogar selbst — sich dabei oftmals korrigierend — institutionalisiert hat. Diese Modellabweichungen erscheinen so aufschlußreich und interessant, daß es sich lohnt, nach ihren empirischen Erscheinungsformen zu fragen und weiterhin danach, aus welchen Gründen sie sich ergeben haben. Solange allerdings keine Möglichkeiten bestehen, die gesellschaftlichen Wirklichkeiten in der „DDR“ mit den Mitteln empirischer Sozialforschung zu befragen und zu beobachten und wir deshalb auf relativ ungesicherte Ferndiagnosen angewiesen sind, kann ein solcher Versuch nur an wenigen Beispielen und obendrein mehr mit Hypothesen als mit verbindlichen Behauptungen unternommen werden.

DAS „NEUE ÖKONOMISCHE SYSTEM“ IN DER „DDR“

Im Juni 1963 hat Walter Ulbricht auf der Wirtschaftskonferenz des SED-Zentralkomitees und des Ministerrats der „DDR“ das Programm eines „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Lenkung der Volkswirtschaft in der Praxis“ verkündet und begründet. Es handelt sich hierbei nach den Worten Ulbrichts um „die organische Verbindung der wissenschaftlich fundierten Führungstätigkeiten der Wirtschaft und der wissenschaftlich begründeten ... zentralen staatlichen Planung mit der umfassenden Anwendung der materiellen Interessiertheit in Gestalt des in sich geschlossenen Systems ökonomischer Hebel.“¹⁾ Was hiermit vorgeschrieben wird, zielt in Richtung einer ökonomischen Rationalität, deren Widerspruch zu den klassischen Lehren marxistisch-leninistischer Ideolo-

gie vom Regime nur deshalb versteckt werden kann, weil diese Ideologie — nach dem Begriff von Topitsch — eine Ansammlung von „Leerformeln“ darstellt, deren konkrete Inhalte dunkel, und das heißt auch: sehr elastisch anwendbar sind. Leerformeln können „durch ihren stets gleichbleibenden Wortlaut eine Konstanz der obersten moralisch-politischen Prinzipien vortäuschen, während sie in Wirklichkeit mit jeder möglichen normativen Ordnung und praktischen Entscheidung vereinbar sind. Daher steht es den sozialen Autoritäten, die sich auf derartige Doktrinen berufen und stützen, vollkommen frei, ihre Maßstäbe nach Gutdünken zu wählen und im Bedarfsfall zu verändern, ohne daß man ihnen einen Verstoß gegen jene Prinzipien vorzuwerfen vermöchte.“²⁾

In Wirklichkeit liegen solche Verstöße, d. h. auch eine Systemkorrektur, im hier diskutierten Falle vor. Das läßt sich erkennen, wenn man die Bedeutung des Vokabulars im genannten Programm des „Neuen Ökonomischen Systems“ an den konkreten Veränderungen mißt, die es in der Praxis eingeleitet und offensichtlich zum Teil auch durchgesetzt hat. „Wissenschaftlich fundiert“ heißt: rational bestimmt; „materielle Interessiertheit“ bedeutet: Lohnanreize, Prämien-system, leistungsbestimmte Beförderung; „ökonomische Hebel“ besagt u. a.: Gewinn. Die Berücksichtigung dieser Elemente läuft auf etwas hinaus, was Ulbricht kürzlich selbst als „eine gewisse Selbstregelung im wirtschaftlichen System“ bezeichnet hat.³⁾

Diese Tendenz drückt sich in den Richtlinien der „DDR“-Plankommissionen für das Jahr 1965 u. a. darin aus, daß nur noch allgemeine Indexzahlen, nicht aber genaue Produktionsprogramme nach unten diktiert werden. In den 80 Industrievereinigungen der „DDR“ planen und kalkulieren die Direktoren weitgehend selbständig. Mit einer am 1. Januar 1965 eingeleiteten zweiten Etappe einer Preisreform für Rohstoffe werden u. a. die künstlichen Subventionen weitgehend ausgeschaltet, so daß den Betrieben nun eine Kalkulation nach echten Kosten möglich wird. Die Investitionen müssen aus eigenen Umlaufmitteln oder aus normal verzinsbaren Bankkrediten gezahlt werden. Seit der wesentlichen Einschränkung der politisch gelenkten Staatssubventionen fallen die bisherigen Möglichkeiten, wirtschaftliche Unrentabilität versteckt zu erhalten, fort.⁴⁾

²⁾ E. Topitsch: Über Leerformeln. Zur Pragmatik des Sprachgebrauchs in Philosophie und politischer Theorie. In: Probleme der Wissenschaftstheorie. Festschrift für V. Kraft, Hrsg. E. Topitsch, Wien 1960, S. 264.

³⁾ Zitiert in Süddeutsche Zeitung, Nr. 26, 30/31. 1. 1965, S. 4.

⁴⁾ Siehe zu diesen Angaben H. Stehle: Das Ende des großen Plans. In: Die Zeit, Nr. 5, 29. 1. 1965, S. 28.

¹⁾ Zitiert nach M. Gräfin Dönhoff, R. W. Leonhardt, Th. Sommer: Reise in ein fernes Land. Bericht über Kultur, Wirtschaft und Politik in der DDR, Hamburg 1964, S. 24 f.

Gesetze der rationalen Wirtschaftlichkeit werden mit diesen Bestimmungen ideologisch freigelassen. Allerdings gilt das — gemessen an unseren eigenen Vorstellungen — immer noch sehr begrenzt. Hier, wie in vielen anderen Bereichen, zeigt sich, daß die gesellschaftliche Wirklichkeit der „DDR“ ein in sich widerspruchsvolles *mixtum compositum* ist, dessen Elemente sich nicht auf ein konsistentes Modell zurückführen lassen, es sei denn, daß man die Tatbestände von Konflikt und Wandel als Grundmerkmale des analytischen Modells konstituiert. So wäre es denn auch naiv, wollten wir aus den zitierten Deklamationen vorschnell auf eine umfassende Entideologisierung und Rationalisierung des Systems schließen. Auf der anderen Seite erscheint es aber auch falsch, diese Tendenzen von vornherein zu bagatellisieren. Immerhin lassen sich aufschlußreiche Beispiele bringen, welche ihre Wirksamkeit in verschiedenen Bereichen der „DDR“ belegen.

ENTIDEOLOGISIERUNGSTENDENZEN

Die Widersprüche im politischen Programm der „DDR“ lassen sich u. a. an den sozialen Konsequenzen des Prinzips materieller Interessiertheit nachweisen. Es handelt sich hierbei um die Übernahme einer fundamental kapitalistischen Kategorie. Das Prinzip der Klassenlosigkeit und der Grundsatz, die materielle Versorgung mehr nach (gleichgeschalteten) Bedürfnissen als nach individuellen Leistungen auszurichten, müßten zu einer Nivellierung der Löhne, genauer: zu einer Ausschüttung gleicher Versorgungsbeiträge führen. Ansätze im Bereich der Lohnpolitik scheinen aber anfangs vorgelegen zu haben, wengleich schon 1949/50 mit der Nachbildung des sowjetischen Lohnsystems in der „DDR“ eine Tariflohndifferenzierung intendiert war. Diese wurde aber zum Teil dadurch unterlaufen, daß die effektiven Lohnzuteilungen sehr stark von der Festsetzung der Arbeitsnorm abhängen und außerdem Bestandteile enthalten, die auf der Leistung nicht des einzelnen, sondern bestimmter Produktionseinheiten (Abteilungen, Betriebe) beruhen. Insofern mußte es eine große Rolle spielen, für den Arbeitsprozeß Anreizsubstitute zu finden. Sie wurden erstens in Form immaterieller Sondervergütungen (Titel, öffentliche Ehrungen) angewandt. Darüber hinaus mühte sich eine intensive Propaganda, ein erhöhtes Leistungsstreben in der Moral des einzelnen zu verankern und gleichsam das individuelle Gewissen zu einem internalisierten Lohnfonds zu erheben, der in der Währung von Befriedigung bzw. Selbstvorwürfen auszahlt.⁵⁾

Immerhin hat sich unter dem Zwang, die Arbeitsproduktivität erhöhen zu müssen, eine beträchtliche Lohndifferenzierung mehr und mehr durchgesetzt. Das gilt insbesondere für Nettolöhne, da einerseits

die Steuerbelastung bei unteren Einkommensbeziehern relativ hoch liegt und andererseits die Steuerprogression mit einem Satz von 20 % schon bei einem monatlichen Einkommen von DM 1258 aufhört.⁶⁾

Besonders privilegiert wurde und wird eine „funktionale Elite“, welche offiziell unter dem Begriff Intelligenz zusammengefaßt ist, die Führungskräfte von Wirtschaft, Wissenschaft und Staat umfaßt und nach Angaben von „DDR“-Statistiken gut 4 % der insgesamt Beschäftigten ausmacht.⁷⁾ Ihre Mitglieder erhalten Spitzenlöhne und eine Reihe weiterer materieller und immaterieller Vergünstigungen. So bekommen z. B. Professoren mit Lehrstuhl in der „DDR“ ein normales Tarifgehalt von monatlich 3200 DM bis 4000 DM; dazu kommen Sonderzuschläge und allgemeine Privilegien: kostenloser Aufenthalt in Erholungsheimen, besondere Reiseerlaubnisse, Dienstwagen, bezinsloses Darlehen für den Bau von Eigenheimen, bevorzugte Berücksichtigung der Kinder bei Oberschul- und Universitätszulassung etc.⁸⁾ Wahrscheinlich noch größere Einkommen und Vergünstigungen erhalten neben den höheren Staatsfunktionären u. a. jene Generaldirektoren, die heute an der Spitze der 80 Industriebetriebe etwa 70 % der Industrieproduktion der „DDR“ kontrollieren.

Zeigt sich am Prinzip materieller Interessiertheit, daß auch der Kommunismus nicht umhin kann, eben die Instinkte der Eigennützigkeit zu benutzen, die er ausrotten will, so wird auch an dem Verlauf des Experiments der polytechnischen Bildung deutlich, daß er nicht den Menschen produzieren kann, den die Ideologie seit ihrer Entstehung versprach. In der kommunistischen Gesellschaft — so hieß es in der „Deutschen Ideologie“ von Marx — werde die Produktion so geregelt, daß der Mensch aufhöre, als Spezialist „einen bestimmten ausschließlichen Kreis der Tätigkeit“ betreiben zu müssen, daß er vielmehr imstande sei, „heute dies und morgen jenes zu tun“, ohne ausschließlich „Jäger, Fischer, Hirt oder kritischer Kritiker“ zu sein.⁹⁾ Im Widerspruch dazu steht z. B. die Praxis der forcierten Spezialisierung (besonders z. B. im Bereich der Landwirtschaft) sowie die Preisgabe einer umfassenden polytechnischen Erziehung, die in der „DDR“ ab 1958 generell eingeführt wurde. Sie zielte auf die Vermittlung einer Bildung, „die mit den Grundprinzipien aller Produktionsvorgänge bekannt macht ...“¹⁰⁾ Diesem Zweck sollten Unterrichtstage in den Produktionsbetrieben, Werkunterricht, Grund-

5) D. St o r b e c k : Soziale Strukturen in Mitteldeutschland. Eine sozial-statistische Bevölkerungsanalyse im gesamtdeutschen Vergleich, Berlin 1964, S. 202.

7) Siehe K. L u n g w i t z : Über die Klassenstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (O) 1962, S. 156 ff.

8) Siehe P. M e n k e - G l ü c k e r t : Aspekte von Hochschulverfassung und -wirklichkeit in der DDR. In: Studien und Materialien zur Soziologie der DDR. Sonderheft 8 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Hrsg. P. Chr. L u d z, Köln und Opladen 1964, S. 240, Fußn. 60.

9) K. M a r x : Die Frühschriften, Hrsg. S. L a n d s h u t, Stuttgart 1953, S. 361.

10) Zitiert bei S. B a s k e : Das Experiment der polytechnischen Bildung und Erziehung in der DDR. In: P. Chr. L u d z (Hrsg.), a. a. O., S. 187.

5) Über die Bedeutung der Arbeitsmoral in der sowjetmarxistischen Ethik siehe H. M a r c u s e : Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus, Neuwied und Berlin 1964, bes. Teil II, S. 183 ff.

lehrgänge in industriellen und landwirtschaftlichen Sparten etc. dienen. Dabei ergaben sich aber Schwierigkeiten sowohl in den Lehrbetrieben als auch bei den Schülern selbst. Das Ganze drohte in eine kostspielige Züchtung von Dilettantismus in allen Lehrfächern auszuarten und wurde deshalb schon seit 1960 wieder gestoppt. Sofern praktischer Unterricht heute noch erteilt wird, dient er der Ausbildung auf einen bestimmten Facharbeiterberuf hin, ist also nicht „polytechnisch“ im ursprünglich gewollten Sinne. Also auch hier die Freilassung pragmatischer Gesichtspunkte auf Kosten ideologischer Norm.

Pragmatische Gesichtspunkte setzen sich im Sinne einer ausschließlichen Leistungsorientierung auch in einem Vorgang durch, der für die außerordentlich wichtige Frage des sozialen Aufstiegs entscheidende Bedeutung besitzt: bei der Zulassung zu den Universitäten und Hochschulen. Daß jahrelang in der „DDR“ „bürgerliche Herkunft“ und ideologische Unzuverlässigkeit relativ elastisch verwendbare Kriterien bei der Selektion der Studienbewerber waren, führte dazu, daß eher die Opportunisten als die intellektuell Begabten Bildungs- und Aufstiegschancen erhielten. Diese Verschwendung von produktiven Talenten im Namen ideologischer Vorbehalte wurde 1962 offiziell eingestanden und korrigiert. Im Ministerratsbeschuß vom 21. 12. 1962 heißt es: „Bei der Auswahl . . . ist es erforderlich, stärker als bisher das Leistungsprinzip durchzusetzen.“¹¹⁾

Daß dieses Leistungsprinzip in der „DDR“ im Hinblick auf die Rekrutierung der „funktionalen Eliten“ durchaus stark beachtet wird, ergibt eine Analyse der Mitglieder der „Deutschen Akademie der Wissenschaften“, die in der Organisation und Lenkung der „DDR“-Wissenschaft die führende Stelle einnimmt.¹²⁾ Von den 195 Wissenschaftlern, die seit 1945 ordentliche aktive Mitglieder der Akademie waren, gehörten nur 32 (= 16,41 %) der SED an. Zwei Drittel derer, die der SED nicht angehören (gegen allerdings fast 100 % der Parteimitglieder), erhielten höchste Auszeichnungen, wie z. B. den „vaterländischen Dienstorden“, den „Nationalpreis“ etc.

Überhaupt stellt die Wissenschaft einen Bereich dar, der „einer großen Anzahl von Personen einen relativ hohen Freiheitspielraum“ gewährt.¹³⁾ Hier wird immer wieder eine wirksame Opposition gegenüber sachfremden Eingriffen ideologischer Art praktiziert. So hat sich die Forschung besonders in den Naturwissenschaften eine relativ hohe Autonomie bewahrt.¹⁴⁾

„In seiner Rede auf dem VI. Parteitag der SED (15. bis 21. Januar 1963) hat Walter Ulbricht die ‚bewußte

Entwicklung der Wissenschaft als unmittelbare Produktivkraft‘ gefordert, ‚solide wissenschaftliche Ergebnisse‘ sollen in ‚kürzesten Fristen‘ erreicht werden. Hier ist von Wissenschaft im herkömmlichen internationalen Sprachgebrauch ohne ideologische Einkleidung die Rede. Der zunächst im Ideologischen verfremdete Wissenschaftsbegriff des Marxismus-Leninismus wird jetzt auf Grund der sachlichen Zwänge einer sich entwickelnden Industriegesellschaft gleichsam wieder entfremdet. Was sollen denn ‚Weltniveau‘ und ‚solide wissenschaftliche Ergebnisse‘ anderes bedeuten, als die Anerkennung sachbezogener, d. h. ideologiefreier Maßstäbe?“¹⁵⁾

Interessant ist in dieser Hinsicht, daß zwei Wissenschaften in den letzten Jahren immer mehr in den Vordergrund getreten sind, die mit einer spezifisch „sozialistischen“ Wissenschaft nicht viel zu tun haben, ihr in einem Fall sogar widersprechen. Erstens die Kybernetik, die in der „DDR“ lange Zeit als „idealistische Pseudowissenschaft“ abgelehnt wurde, heute aber „zu den vollkommensten Mitteln für die materiell-technische Basis des Kommunismus gezählt“ und sehr stark gefördert wird.¹⁶⁾ Zweitens eine Soziologie, welche sich zunehmend als eigenständige Spezialwissenschaft auf der Grundlage empirischer Forschungstechniken entwickelt und der dogmatischen Umklammerung durch den Marxismus-Leninismus mehr und mehr ausweicht, um positivistische Wissenschaftsmerkmale aufnehmen und anwenden zu können.¹⁷⁾

ERKLÄRUNGSMANGEL

Wir haben die obigen Fälle nicht beschrieben, um die Harmlosigkeit der ideologischen Grundlagen des bolschewistischen Herrschaftssystems der „DDR“ dokumentieren zu wollen. Utopie und Methoden der marxistisch-leninistischen Dogmen geben der Praxis in der „DDR“ verpflichtende Normen. Aber es gibt interessante Ausnahmen, und deren Regel zu bestimmen, scheint außerordentlich wichtig bei dem Versuch, Herrschaft, Konflikt und Wandel des Kommunismus angemessen zu erfassen.

Uns scheint, daß man in diesem Zusammenhang zweierlei bedenken muß. Ideologie, Herrschaftsplan und Gesellschaftsprogramm treffen im Prozeß ihrer Verwirklichung auf Gegenkräfte, die anderen Modellen gehorchen und auf andere Gestaltung der Praxis drängen. Sie begründen erstens Konflikte, die auf allen Seiten Spuren hinterlassen. Politische und wirtschaftliche Notwendigkeiten, öffentliche und private Belange, außenpolitische Bindungen und Gegnerschaften stehen in Spannung, begrenzen und bestimmen sich. Solche Konflikte bewirken zweitens einen ge-

11) Zitiert bei Menke-Glückert, a. a. O., S. 235 sowie S. 214.

12) Siehe H. M. Hanhardt, jun.: Die ordentlichen Mitglieder der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (1945-1962). In: L u d z (Hrsg.), a. a. O., S. 241 ff.

13) Menke-Glückert, a. a. O., S. 230.

14) Siehe dazu auch R. Rausch: Förderung und Organisation der Forschung in der DDR. In: L u d z (Hrsg.), a. a. O., z. B. S. 280.

15) Menke-Glückert: a. a. O., S. 213.

16) Siehe J. W. Görlich: Kybernetik und „Gesellschaftswissenschaft“ in der DDR. In: L u d z (Hrsg.), a. a. O., S. 419 ff.

17) Siehe dazu die sehr informative Arbeit von P. Chr. Ludz: Soziologie und empirische Sozialforschung in der DDR. In: L u d z (Hrsg.), a. a. O., S. 327 ff.

sellschaftlichen Wandel. Wo Spannungen sind, ist die Lage labil. Spannungen sind Bewegungskräfte. Sie sind Faktoren einer Geschichte, in der jede Gesellschaft sich langfristig mitsamt ihrer Ideologie verändert.¹⁸⁾

Es ist sicher ein Fehler gewesen, daß wir die Wirksamkeit dieser Sachverhalte im Bereich der „DDR“ bislang vernachlässigt und nicht ernst genommen haben. Die Wissenschaften, welche Analysen bolschewistischer Systeme erarbeiten, haben sich im wesentlichen darauf beschränkt, typologische Modellinterpretationen statt empirischer Aussagen zu formulieren. Diese Neigung ergab sich im wesentlichen daraus, daß bolschewistische Herrschaftsgebilde dem Idealtypus des „totalitären Systems“ subsumiert wurden. Damit wurde etwas als von vornherein gegeben angenommen, was erst empirische Analyse hätte zeigen können: daß nämlich in diesen Herrschaftsgebilden totale Herrschaft nicht nur versucht, sondern auch durchgesetzt und mithin die Wirksamkeit gesellschaftlicher Gegenkräfte tatsächlich verhindert worden sei. Diese Annahme mußte u. a. dazu führen, daß die in bolschewistischen Systemen zu beobachtenden Konflikte vernachlässigt und unzureichend — nämlich als nutzloses, ineffektives, den Gang der Dinge nicht beeinflussendes Aufbegehren von Unterdrückten — bewertet wurden. Das hatte auch zur Folge, daß die Phänomene des Wandels bolschewistischer Herrschaftsgebilde allenfalls als Folgen externer Einflüsse (Außenpolitik, Wetterkatastrophen, Führertod etc.) oder als Ergebnisse diktatorischer Willkür begriffen werden, nicht aber als auch strukturbedingt, gesellschaftlich vermittelt und von „unten“ mitbewirkt.

In welchem Maße überdies unser Urteil in diesen Fragen Einflüssen ausgesetzt ist, die nicht gerade objektiver Erkenntnis dienen, zeigt sich in der wissenschaftlich unfruchtbaren Regel, das Totalitäre wesentlich als den absoluten Gegensatz zur demokratischen Idealverfassung anzusehen. „Der Totalitarismus“ — so heißt es bei C. J. Friedrich — „ist nur Verfallserscheinung oder Perversion der Demokratie.“¹⁹⁾ Er ist in dieser Weise als ein Modus der Abweichung negativ, d. h. analytisch unergiebig bestimmt, und er ist von vornherein auf einen Vergleich gespannt, den er nicht aushalten soll. Der ideologische Vorbehalt ist der wissenschaftlichen Analyse durch ihre Terminologie verbindlich gemacht. Schwarz-weiß zu sehen, folgt unmittelbar.

Die wissenschaftliche Analyse bolschewistischer Gesellschaftssysteme sollte mit theoretischen Ansätzen arbeiten, die Konflikt und Wandel in ihnen auch als strukturbedingt begreifen können. Ob sie es tatsächlich sind, bleibt natürlich von Fall zu Fall empirisch zu prüfen. Dabei kann allerdings davon ausgegangen

werden, daß dynamisierende Strukturkonflikte im kommunistischen Herrschaftsprogramm angelegt sind und dem System damit grundsätzlich nahestehen.

KONFLIKT UND WANDEL IN BOLSCHEWISTISCHEN SYSTEMEN

Solange der Kommunismus die Ideologie von „sozialmarginalen Gruppen“ (Ludz) war, deren Handlungsmöglichkeiten sich in Geheimbündelei, Streik, Sabotage etc. erschöpften, solange konnte er im relativ unverbindlichen Status der Kritik an den gegebenen Verhältnissen in sich selbst widerspruchsfrei erscheinen. Da er in solcher Oppositionslage bis ins 20. Jahrhundert hinein für die gesellschaftliche Praxis nicht verantwortlich war, blieb es ihm erspart, ihre Widersprüche gegen ihn selbst zu reflektieren. Er konnte sich runde und geschlossene Utopien leisten, solange er nicht an der Macht war. Indem er sie dann übernahm — zuerst in Rußland, dann in den sogenannten Volksdemokratien — und die Partei zum alleinigen Herrschaftsträger wurde, entstand im gewissen Maße die Alternative, entweder in bestimmten Bereichen der Praxis zu scheitern oder die Ideologie zu verunreinigen. Da die Ideologie sich als Grundlage für Herrschaftsprogramme beweisen mußte, entstand ihr ein empirischer Maßstab. Sie mußte nicht nur — nach ihrem eigenen Kriterium — wahr, sondern auch in dem Maße erfolgreich sein, wie es die Existenzsicherung des kommunistischen Regimes und die Lebensfähigkeit der von ihm beherrschten Gesellschaft geboten. So entstand eine Spannung zwischen Ideologie und Ökonomie (im weitesten Sinne dieses Begriffs).

Ausmaß und Art dieser Spannung sind weniger logisch als empirisch bestimmte Größen. Es geht um die Frage, ob und mit welchen Abstrichen es dem Kommunismus gelingt, sich selbst in und mit einer Gesellschaft von Menschen zu verwirklichen. Er braucht die Leistungen dieser Menschen, ihre Erfindungen, ihre Zusammenarbeit und ein Minimum an Konformität. Diese auf Dauer durch puren Zwang zu erreichen, erscheint ein sehr teures und wenig profitables Verfahren. Insofern ist auch ein kommunistisches Regime ständig darauf angewiesen, sich selbst vor der Gesellschaft, die es beherrschen will, zu legitimieren — zu legitimieren durch Leistungen, die im Urteil der Bevölkerung als Erfolge akzeptiert werden.

Abgesehen von den inneren Spannungsverhältnissen, die eine solche Erfolgsverpflichtung mit sich bringt, entstehen nun auch grundlegende äußere Abhängigkeiten. In dem Maße, in dem Leistungserfolg nur im Vergleich meßbar ist, entwickelt sich zumindest indirekt eine Art Fremdbestimmung durch konkurrierende Systeme. Solange die quasi-kapitalistischen Staaten im Urteil der Bevölkerung deutlich erkennbare Erfolgsvorteile zu erwirtschaften vermögen, solange muß die Struktur der bolschewistischen Gesellschaft auch von ihren eigenen Herrschaftsträgern noch

¹⁸⁾ Siehe zu dem folgenden P. Chr. Ludz: Entwurf einer soziologischen Theorie totalitär verfaßter Gesellschaft, a. a. O., S. 11 ff.

¹⁹⁾ C. F. Friedrich: Artikel „Demokratie“. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. III, Göttingen 1959, S. 564.

als defekt angesehen werden; solange werden sie unter einem mehr oder weniger effektiven Druck derer stehen, denen sie eine Art Himmelreich auf Erden versprochen haben und immer weiter versprechen; solange muß es Tendenzen geben, die vorhandenen Strukturen zu verändern, Reformen einzuleiten, Wandel zu experimentieren. Sofern der Kapitalismus im Wettbewerb der Systeme führt, wird der kommunistische Staat mit seinem eigenen status quo in Konflikt stehen.

Es kommt uns hier vor allem darauf an, die Erscheinungen von Konflikt und Wandel als strukturelle Elemente auch der bolschewistischen Herrschaftspraxis aufzuweisen. Wir nehmen an, daß sich die genannten „Entideologisierungstendenzen“ in der „DDR“ am besten von diesen Grundphänomenen her erklären lassen. Ginge es darum, das Ausmaß ihrer Wirksamkeit systematisch zu erfassen, so bliebe allerdings zu berücksichtigen, daß die Herrschaftsträger in der „DDR“ auf vielfache Weise versuchen, den Grundkonflikt in ihrem Staat zu mindern und auszuschalten — auch mit Mitteln, welche keinen Wandel ihrer ideologisch fixierten autoritären Herrschaftsstruktur implizieren.

In diesem Zusammenhang sind die außercordentlichen Anstrengungen zu nennen, mit den Techniken der Indoktrination einen Wertekonsensus in der Bevölkerung zu erreichen, welcher der kommunistischen Ideologie positiv entspricht. Das geschieht u. a. durch Ausweitung und ideologische Durchsetzung der Schulerziehung, durch monopolistischen Einsatz der Kom-

munikationsapparate (Presse, Rundfunk, Fernsehen, Film) und durch die Aktivität zahlreicher Agitationszellen (in Gemeinden, Betrieben, Vereinen etc.). Das Ziel solcher Bemühungen liegt darin, die Wertorientierungen der Bevölkerung so zu beeinflussen, daß sie bereit ist, die Leistungen, die das Regime faktisch erbringt, auch als Erfolge zu definieren und anzuerkennen.

Solche Anstrengungen werden durch den Versuch ergänzt, die Erfolge der konkurrierenden Herrschaftssysteme, z. B. der Bundesrepublik, zu verschleiern, also die Transparenz (und damit den Druck) des Systemwettbewerbs zu verringern. Dazu gehören Reisebeschränkungen und Nachrichtensperren (z. B. Postkontrollen und die erfolglose Aktion gegen den Empfang des Fernsehens aus der Bundesrepublik). Sofern das nicht vollkommen gelang, haben Agitation und Propaganda nachgestoßen und versucht, die Voraussetzungen und Begleitumstände solcher Fremderfolge (z. B. Wohlstand in der Bundesrepublik) anzugreifen, um sie selbst zu entwerten. Indem es nun allem Anschein nach gelang, die Bundesrepublik einer Reihe namhafter Schwächen zu überführen, erreichte man bei einer nicht geringen Zahl von Bürgern der „DDR“ zumindest eines — daß nämlich ihre „systemfremden Ideale“ ohne Verbindung zu einer konkreten staatlichen Wirklichkeit gleichsam im luftleeren Raum schweben, keine Alternativen zum ungeliebten status quo finden und deshalb lediglich ins Land der Träume zu emigrieren vermögen. Ihr Oppositionspotential ist damit sterilisiert.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIVS

In Vorbereitung

Günter Wiedensohler

Der Schutz deutscher Privatinvestitionen in Libyen

Libyen ist in letzter Zeit durch seine schnell wachsende Erdöl-Produktion zu einem wirtschaftlich interessanten Land geworden. Der Entschluß, hier Kapital zu investieren, hängt jedoch nicht nur von den wirtschaftlichen, sondern auch von den rechtlichen und politischen Verhältnissen ab. In der vorliegenden Abhandlung untersucht der Verfasser den Rechtsschutz, den das deutsche Privatkapital im Hinblick auf die politische Situation in Libyen gegen hoheitliche Eingriffe wie Enteignung, Verstaatlichung und Transferbeschränkung genießt.

ca. 44 Seiten, Preis ca. DM 3,80

VERLAG WELTARCHIV GMBH · 2 HAMBURG 20 · EPPENDORFER LANDSTRASSE 106
